

Keine Gratis-Kinderbetreuung im Baselbiet

Der Regierungsrat lehnt die Initiative der SP ab und lässt andere Lösungen erarbeiten.

Lea Meister

Mehrere politische Vorstösse im Baselbiet haben sich in den vergangenen Monaten mit dem Thema der familien- und schulergänzenden Betreuung auseinandergesetzt. So beispielsweise die Initiative «Gebührenfreie Kinderbetreuung für alle Familien». Der Regierungsrat lehnt die Initiative aber ohne Gegenvorschlag ab, wie einer Mitteilung vom Mittwochmorgen zu entnehmen ist.

Studien und der Familienbericht 2020 haben aufgezeigt, dass gerade die familienergän-

zende Betreuung im Baselbiet zu den teuersten der Schweiz gehört, wenn es um den von den Eltern zu tragenden Kostenanteil geht. Bei den entsprechenden Angeboten ergänzender Betreuung handelt es sich um Kitas, Tagesfamilien, Mittagstische und Tagesschulen.

Angestrebte Verbesserung der Rahmenbedingungen

Dieses System soll nun weiterentwickelt werden. Die Sicherheitsdirektion werde in enger Zusammenarbeit mit der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion und den Gemeinden mög-

liche Lösungsvorschläge erarbeiten. Ziel sei ganz klar, die Rahmenbedingungen zu verbessern und somit einen stärkeren Beitrag «zur Verwirklichung der Gleichberechtigung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Erhaltung einer vielseitigen Wirtschaftsstruktur und der Vollbeschäftigung beizutragen», wie es in der Mitteilung der Regierung heisst.

Die Baselbieter SP ist vom Entscheid enttäuscht. Obwohl der Handlungsbedarf klar gegeben sei, lehne der Regierungsrat die Initiative ab, schreibt die Partei. An nur einem Tag habe man

damals über 3200 Unterschriften für die SP-Initiative sammeln können. Aus SP-Sicht ist klar: Es müsse jetzt gehandelt werden.

SP: Regierung verpasse bei wichtigem Thema Chancen

Parteipräsidentin Miriam Locher meint dazu: «Mit einer gebührenfreien Kinderbetreuung fördern wir die Chancengerechtigkeit und stärken die Gleichstellung und sorgen dafür, dass Frauen sich vermehrt an der Erwerbsarbeit beteiligen.» Gerade in diesen Punkten verpasse der Regierungsrat eine grosse Chance für Verbesserungen.